

CDU und SPD verabschieden Doppelhaushalt 2015/2016 **Qualität für Menschen im Rheinland**

Mit überwältigender Mehrheit ist beim LVR der von der Kämmerei vorgelegte Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 verabschiedet worden.

Schon die Anzahl der von der Großen Koalition eingebrachten Anträge macht deutlich, wir wollen den Koalitionsvertrag mit seinen vielen guten Ideen und Zielen schnell umsetzen.

Egal,

- ob es um die Erprobung und Einführung technischer und nichttechnischer Hilfsmittel für behinderte Menschen geht,
- ob es um die Entwicklung einer Inklusions-App geht,
- ob es um die Flüchtlingshilfe geht,
- ob es um Erprobung innovativer Hilfsmittel geht,
- ob es um die Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingskindern an unseren Schulen und Kliniken geht,
- ob es um den Notfalltopf geht, oder
- um die Neuaufstellung der Rheinischen Beamtenbau.

Unser vordringliches Ziel ist, inklusive, der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechende Lebensverhältnisse im Rheinland schnellstmöglich zu schaffen.

Und von diesem Leitgedanken werden wir uns nicht abbringen lassen, denn es ist unsere Aufgabe, die dort normierten Rechte für die uns anvertrauten Menschen auch schnellstmöglich und auf qualitativ hohem Niveau umzusetzen.

Dabei verlieren wir selbstverständlich das Interesse der Kämmerinnen und Kämmerer im Rheinland nicht aus den Augen! Wir wissen, in welcher schwieriger Situation sich die uns finanzierenden Kreise und kreisfreien Städte befinden. Aber nicht die Politik nur mit Blick zum nächsten Jahr, sondern nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen müssen ergriffen bzw. fortgesetzt werden.

Als Beispiel sei der Bereich der Wohnhilfen für behinderte Menschen genannt. Hier wurde in den letzten Jahren viel erreicht, jeder 6. Mensch mit Behinderung, der Eingliederungshilfe erhält, lebt zwischenzeitlich in einer selbständigen Wohnform. Ein deutlicher Fortschritt für die betroffenen Menschen hin zu einem selbständigen Leben und eine finanzielle Entlastung für unsere Mitgliedskörperschaften!

Aber noch mehr wird die Große Koalition in Sachen nachhaltiger Konsolidierung unternehmen.

Wir werden die Verwaltungsstrukturen auf Effizienz überprüfen, wir werden uns die Besucherzahlen unserer Museen genau ansehen, wir haben von der Verwaltung vorgesehene neue Stellen gestrichen und dort neue geschaffen, wo Dienstleistungen für die Mitgliedskörperschaften erbracht werden und sogar teilweise refinanziert sind. All das macht deutlich, wir haben alle Interessen im Blick, die der Menschen, für die uns der Gesetzgeber Verantwortung übertragen hat wie auch für unsere Mitgliedskörperschaften, die das zu finanzieren haben!

Worauf wir allerdings keinen Einfluss haben ist der stetige Fallzahlenanstieg in der Eingliederungshilfe.

Hier bleibt es bei unserer Forderung an die Koalitionspartner in Berlin: Es muss eine fachliche Fortentwicklung der Eingliederungshilfe geben, genauso, wie das im Koalitionsvertrag vereinbarte Bundesteilhabegeld. Die Träger der überörtlichen Sozialhilfe können diese Aufgabe auf Dauer nicht alleine erfüllen!

Wir appellieren daher nochmals nachdrücklich an die Regierungskoalition in Berlin, setzen Sie das um, was hierzu im Koalitionsvertrag steht!